

Presseinformation

Mehrheit der Internet-Nutzer sieht eigene Verantwortung

- Jedem zweiten fehlen Infos, wie er seine Daten schützen kann
- 54 Prozent für offizielles Datenschutz-Siegel im Web
- Heute ist Weltverbrauchertag

Berlin, 15. März 2010

Eine Mehrheit der Internet-Nutzer (55 Prozent) sieht die Hauptverantwortung für den Datenschutz bei sich selbst. Das ergab eine repräsentative Erhebung des Hightech-Verbandes BITKOM unter tausend Deutschen ab 14 Jahren. 36 Prozent der Nutzer halten vor allem den Staat für den Datenschutz im Web zuständig, acht Prozent die Wirtschaft. „Die meisten Verbraucher sind sich bewusst, dass der Schutz ihrer Daten stark von ihrem eigenen Verhalten abhängt“, sagte BITKOM-Präsident Prof. Dr. August-Wilhelm Scheer anlässlich des heutigen Weltverbrauchertages.

„Unternehmen aller Branchen müssen beim Datenschutz aktiv helfen. Wir appellieren an die Firmen, hohe Datenschutz-Standards als Qualitätsmerkmal zu sehen und nicht als Bürde.“ Durch die anspruchsvollen gesetzlichen Anforderungen in Deutschland und freiwillige Initiativen würden Sicherheit und Vertrauen der Nutzer gestärkt. „Ein hohes Datenschutz-Niveau in Deutschland kann langfristig ein Standortvorteil sein“, so Scheer.

Jedem zweiten Internet-Nutzer (47 Prozent) fehlen noch Informationen, was er für den Schutz seiner Daten im Internet tun kann. Für die ITK-Branche kündigte Scheer an, die Aufklärung für den Daten-Selbstschutz weiter auszubauen. „Die schärfsten Gesetze bringen nichts, wenn Nutzer unbedacht zu viel Privates preisgeben.“ Im Web gebe es einen Graben zwischen Unbekümmerten und Übervorsichtigen: „Die einen geben bedenkenlos ihr ganzes Leben preis – inklusive intimster Informationen, die früher in Tagebüchern weggeschlossen wurden. Die anderen machen weder Online-Shopping noch -Banking, aus Angst vor Ausspähung.“

Bundesverband
Informationswirtschaft,
Telekommunikation und
neue Medien e.V.

Albrechtstraße 10 A
10117 Berlin-Mitte
Tel. +49. 30. 27576-0
Fax +49. 30. 27576-400
bitkom@bitkom.org
www.bitkom.org

Ansprechpartner
Christian Spahr
Pressesprecher
Telekommunikation & Recht
Tel. +49. 30. 27576-112
Fax +49. 30. 27576-400
c.spahr@bitkom.org

Susanne Dehmel
Bereichsleiterin
Datenschutz und
Verbraucherrecht
Tel. +49. 30. 27576-223
Fax +49. 30. 27576-500
s.dehmel@bitkom.org

Präsident
Prof. Dr. Dr. h. c. mult.
August-Wilhelm Scheer

Hauptgeschäftsführer
Dr. Bernhard Rohleder

Presseinformation

Mehrheit der Internet-Nutzer sieht eigene Verantwortung

Seite 2

Die BITKOM-Branche beteiligt sich an Initiativen wie „Deutschland sicher im Netz“ und „Watch Your Web“, die unter anderem Jugendlichen Tipps zur Privatsphäre geben. Mit „FragFinn“ hat die Branche einen sicheren Surf-Raum für Kinder im Internet geschaffen. BITKOM veröffentlicht darüber hinaus in Kooperation mit Ministerien und Behörden Nutzerhinweise.

Der BITKOM begrüßt die von der Bundesregierung geplante „Stiftung Datenschutz“ und wird sie unterstützen. „Die Stiftung Datenschutz sollte den Informationsstand der Bürger weiter fördern und Vorschläge für ein modernes Datenschutzrecht machen“, so Prof. Scheer. „Gleichzeitig kann sie einen freiwilligen Datenschutz-Check für Anbieter entwickeln.“ Damit könnten Firmen ausgezeichnet werden, die sich besonders engagieren. 54 Prozent der Internet-Nutzer wünschen sich ein staatliches Datenschutz-Siegel für Angebote im Internet.

Zur Methodik: Die Daten wurden in einer repräsentativen Studie der ARIS Umfrageforschung im Auftrag des BITKOM erhoben. Dabei wurden 1.000 deutschsprachige Personen ab 14 Jahren in Privathaushalten befragt.

Der Bundesverband Informationswirtschaft, Telekommunikation und neue Medien e.V. vertritt mehr als 1.300 Unternehmen, davon 950 Direktmitglieder mit etwa 135 Milliarden Euro Umsatz und 700.000 Beschäftigten. Hierzu zählen Anbieter von Software, IT-Services und Telekommunikationsdiensten, Hersteller von Hardware und Consumer Electronics sowie Unternehmen der digitalen Medien. Der BITKOM setzt sich insbesondere für bessere ordnungspolitische Rahmenbedingungen, eine Modernisierung des Bildungssystems und eine innovationsorientierte Wirtschaftspolitik ein.